

Bericht über Podiumsdiskussion/Interview bei GBT e.V. zur Landratswahl 2025 in Vorpommern-Greifswald am 04.05.2025

Vorgeschichte:

Die GBT e.V. hatte die drei Landratskandidaten von Vorpommern-Greifswald (Herrn M. Sack/CDU; Frau I. Arndt/AfD und Herrn E. von Malottki/Bündnis aus SPD, Linke, Grüne, Tierschutzp.) zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema „Zukunftsrisiken und -chancen für Vorpommern-Greifswald“ eingeladen. Anlass sind die am 11.05.25 anstehenden Landratswahlen. Den interessierten Bürgern sollte die Möglichkeit geboten werden, die Landratskandidaten kennenzulernen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Für die Kandidaten sollte dieser Abend eine weitere Chance bieten, den Bürgern ihre persönlichen Politikziele und -schwerpunkte zu vermitteln. Leider versagte der Kandidat E. von Malottki seine Teilnahme ohne Angabe von Gründen.

Die Suche nach Räumlichkeiten gestaltete sich erstaunlicherweise schwierig. Der Antrag der GBT-Organisatoren, die Veranstaltung aufgrund des offensichtlichen öffentlichen Interesses im Bürgerschaftssaal des Rathauses durchführen zu dürfen, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass Dritten laut Satzung keine politischen Veranstaltungen in Rathausräumen gestattet seien. Die Ausnahmeregelung „außer bei öffentlichem Interesse“ wurde nicht akzeptiert. Diese Entscheidung wurde auch vom Rechtsamt der Stadt bestätigt. Da im Vorfeld der Landratswahlen ein offensichtliches öffentliches Interesse besteht, bleibt diese Entscheidung des Rechtsamtes für die GBT e.V. nicht nachvollziehbar.

Auch das städtisch verwaltete „St. Spiritus“ verwies auf die o.g. Regelung.

Der private „Kulturbahnhof“ teilte den GBT-Organisatoren mündlich mit, dass die Leitung sich entschieden hat, aufgrund von (extremistischen) Drohungen und Aktivitäten gegen Gebäude und Institution, zukünftig keinerlei politische Veranstaltungen mehr in Ihren Räumen durchzuführen.

Lediglich das ebenfalls angefragte Hotel „Kronprinz“ stellte seine Räume für den 04.05.2025 zur Verfügung. Dafür danken wir als GBT e.V. ausdrücklich.

Einige Tage vor der Veranstaltung informierte die Polizei die Hotelinhaberin über eine angemeldete Gegendemonstration vor dem Gebäude zum Veranstaltungszeitpunkt. Dies wurde seitens der GBT e.V. auch den teilnehmenden Landratskandidaten mitgeteilt.

Am Morgen des 04.05.25 sagte der Landrat M. Sack seine Teilnahme für den Abend ab; Begründung: Neueinstufung der AfD als Gesamtpartei durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ (siehe Anmerkungen *1). Zitat des Landrats: „Ich will nicht unter die Räder kommen.“

Die GBT-Mitglieder entschieden, die Veranstaltung trotzdem, d.h. allein mit Frau I. Arndt in Interviewform, durchzuführen; eine Gesprächsform, die von Anfang an auch den anderen Kandidaten angeboten worden war.

Die Hotelinhaberin befürchtete aufgrund der Aufmerksamkeit, die die Veranstaltung inzwischen in extremistischen Kreisen in Greifswald zu erregen schien, Anschläge gegen das Hotelgebäude – aufgrund leidvoller Erfahrungen aus einer früheren Veranstaltung der GBT e.V.

Um der Hotelinhaberin zu demonstrieren, dass sie in dieser Situation nicht allein bleibt, organisierten die Mitglieder des Vereins in Absprache mit der Polizei Nachtwachen vor dem Gebäude. Es gab keine Anschlagversuche. Wir danken allen Helfern, die sich daran beteiligten.

Podiumsdiskussion / Interview mit Landratskandidatin Inken Arndt (AfD):

50 bis 60 Teilnehmer nutzten das Angebot der GBT e.V. und kamen in den Gastraum des „Kronprinz“ in Greifswald.

Die Veranstaltung moderierte der Vorsitzende des Vereins, Dr. Gunter Jess.

Nahezu drei Stunden lang wurden unterschiedliche Themenfelder unter dem Aspekt „Chancen und Risiken für Vorpommern-Greifswald“ diskutiert.

Hauptthemen waren:

- Ideologische und affektive Polarisierung der Gesellschaft – Chance oder Risiko?
- Finanz- und Schuldensituation des Landkreises und Handlungsoptionen für den Landrat.
- Wirtschaftspotentiale in V-G (Landwirtschaft, Fischerei, Energietechnologie, Infrastruktur und Digitalisierung).

Frau Arndt machte deutlich, dass sie sich gegen die politische Polarisierung der Bevölkerung engagieren und den Gemeinschaftssinn unterstützen wird. Sie beschrieb eigene negative Erfahrungen aus dem aktuellen Wahlkampf und aus der Coronazeit. Ihr Credo: Nur gemeinsam können die Herausforderungen der Zeit erfolgreich bestanden werden.

Frau Arndt bekannte sich zu einer kooperativen Verwaltungsarbeit. Die Finanz- und Schuldensituation des Landkreises hat sich in den letzten Jahren, ähnlich wie die der anderen Landkreise, des Landes und des Bundes sehr ungünstig entwickelt (Siehe Anlage 1).

Frau Arndt erläuterte Ihre Vorstellungen zur Haushaltssanierung. Dabei spielten Einsparpotentiale in verschiedenen Bereichen (Verwaltungseffizienz, Digitalisierung, Entbürokratisierung) eine Rolle. Sie kritisierte z.B. die Ineffizienz der Beteiligungsgesellschaft „IKT-Ost“. Sie stellte aber auch dar, dass die Einflussmöglichkeiten einer Landrätin im übertragenen Wirkungskreis gering sind (z.B. aufgrund von Bundes- und Landesgesetzgebung). Der Gestaltungsspielraum liegt im freiwilligen Wirkungskreis, der derzeit i.d.R. finanziell begrenzt ist und durch den Kreistag gestaltet wird. Zudem kann ein Landrat, gemeinsam mit den anderen Mitgliedern, über den Landkreistag Einfluss auf die Landespolitik nehmen.

Bei der Diskussion der Wirtschaftspotentiale in Vorpommern Greifswald wurde deutlich, auch aufgrund der Wortmeldungen aus dem Plenum, dass es in allen Bereichen derzeit große Herausforderungen gibt. Das betrifft die Infrastruktur, den Tourismus, die Gesundheitsversorgung, die Einbindung der ländlichen Gebiete, die Landwirtschaft, die Fischerei, die Energieindustrie und vieles mehr.

Frau Arndt orientiert auf eine intensiviertere Förderung der Ansiedlung von jungen Start-Up-Unternehmen, aber auch auf die Ansiedlung junger Familien mit Home-Office-Arbeitsplätzen in unserem landschaftlich attraktiven Landkreis (Binnenmigration).

Es wurde auch die Entwicklung des Energiestandortes Lubmin diskutiert. Eine einseitige, ideologisch begründete Fokussierung allein auf die regenerativen Energiequellen aus Wind und Photovoltaik lehnt Frau Arndt ab. Die Risiken dieser Politik wurden vor kurzem durch den Blackout auf der iberischen Halbinsel vor Augen geführt. Auch die Wasserstofftechnologie (Ansiedlung in Lubmin), propagiert als

Speicheroption für regenerative Energie, zeigt derzeit kein hinreichendes Potential, um eine Industrienation energetisch abzusichern.

Es stellt sich die Frage: Wo gibt es eine repräsentative kleine Lebens- und Wirtschaftseinheit, die als Modellregion erfolgreich allein auf Basis regenerativer Energieformen zu allen Jahreszeiten funktioniert? Eine solche ist derzeit nicht bekannt. Deshalb wird die kurzfristige Durchsetzung der Decarbonisierung („EU-Green-Deal“), verbunden mit einem Ausstieg aus der Kernenergie, in einer Industrienation wie Deutschland von vielen Bürgern als volkswirtschaftlicher „Selbstmord“, d.h. Irrweg angesehen.

Die Gesellschaft für Bildung und demokratische Teilhabe e.V. dankt Frau Inken Arndt, dem Hotel Kronprinz und selbstverständlich allen Interessierten und Unterstützern.

Unser Dank gilt auch den Einsatzkräften der Polizei für die Absicherung der Veranstaltung.

Anlage 1:**Ausgewählte Haushaltsdaten des Landkreises Vorpommern-Greifswald (*2):**

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald verwaltet einen Gesamthaushalt in Höhe von **ca. 630 Mio. €**. Der Nachtragshaushalt des Landkreises offenbarte im **Gesamthaushalt 2024** ein Minus von **- 31,6 Mio. €**, veranschlagt waren lediglich **- 1,3 Mio. €**. Durch Entnahme aus den Rücklagen konnte das Defizit auf **- 27,9 Mio. €** vermindert werden.

Größte Zuschussbedarfe:

- **Jugend:** 82,- Mio. € (Kita, Schul-Sozialarbeit, Heimerziehung, verschiedene Familienhilfen u.a.)
- **Soziales:** 37,- Mio. € (Ansatz 2024); 49,4 Mio. € (Nachtragshaushalt 2024); 42,4 Mio. € (Ansatz 2025)

Entwicklung des Zinsaufwandes für VG:

2022: 1,- Mio. €	2023: 2,23 Mio. €	2024: 3,39 Mio. €
2025: 3,8 Mio. €	2026: 4,21 Mio. € (Plan)	2027: 4,61 Mio. € (Plan).

Quellenangaben/Anmerkungen:

(*1) - Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV-Bund) hat am Donnerstag, d. 08.05.25 vor dem Verwaltungsgericht in Köln erklärt, dass es die AfD vorerst öffentlich nicht mehr als gesichert rechtsextremistische Bestrebung benennt.

(*2) - Haushaltssatzung des Landkreises V-G 2024/25; Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises V-G 2024/2025; Interaktive IT-Seite/“Gesamthaushalt“ des Landkreises V-G 2024/2025